



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24884 - 89  
Fernschreiber 0866890

7/XIII/180 - 12. August 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Wann ist es bei uns 1984? Von Fritz Heine	57
3 - 4	Chruschtschow hat es nicht mehr eilig Von unserem Korrespondenten in USA	73
5 - 6	Entslossene Reaktion, aber keine Dramatisierung Nachwort zum Fall Steinstückler	70
7	Großmannsucht Bezeichnende Bonner Reaktion auf Nautilus-Erfolg	52

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Wann ist es bei uns 1984?

Von Fritz Heine

So ist es jedesmal: die Bundesregierung unternimmt einen Angriff auf die freie Meinungsbildung. Zinnmal durch Gesetzentwürfe. Ein anderes Mal durch Subventionierung von Zeitungen, Zeitschriften, Pressediensten. Ein drittes Mal durch Tarngründungen, die Unabhängigkeit vortäuschen. Und so weiter.

Die Öffentlichkeit ist erregt. Protestartikel werden geschrieben. Schriftsteller telegrafieren. Opposition und Geisteswelt versuchen, das Gewissen des Bürgers wachzuhalten und den jeweils neuesten Schlag der Regierung gegen die Meinungsfreiheit zu parieren.

Die Regierung aber lenkt ab und beschwichtigt, dementiert - und wirkt weiter am Tarnnetz und am Meinungskauf. Nach zwei Wochen ist alles vergessen, kaschiert und durch neue Geschehnisse "überholt".

Wer den Stand unserer Unfreiheit von heute messen will, darf nicht den "Einzelfall" zum Maßstab nehmen, der gerade noch einmal abgewehrt sei. Es sind nicht Einzelfälle, es sind Teile eines zielstrebigen, langfristigen Plans; ein Stück der Kette, die der totalen Beherrschung des Einzelnen und der Gesamtheit dienen soll.

Der Blick zurück auf den Ausgangspunkt zeigt allein, wie weit wir schon entfernt sind von dem, was im Grundgesetz so verheißungsvoll geplant war. Restauration und Kulturreaktion, diese wirklichen Wahrzeichen der zehn Jahre CDU/CSU-Herrschaft, haben viel mehr Besitz von uns ergriffen, als das Tagesgeschehen es erkennen läßt.

Die Wirkungen dieser Kulturreaktion und der behördlichen Meinungslenkung reichen zudem weiter, über den Bereich der tatsächlichen Aktion hinaus. Wie viele wurden müde des Auflehns! Was alles ist steckengeblieben im erstickten Versuch; wurde "eingebnet" und endete in Konformismus.

Das Ziel der Gleichschalter, dementiert wie üblich, ist die verzweigte Macht, die Untermäuerung der Positionen nach jeder Richtung, auch im intellektuellen Bereich. Sie gilt ihnen als gesichert nur dann, wenn weder Fähigkeit noch Wille zur Ablösung und Neuordnung bestehen bleiben und der verewigten Macht nicht mehr die reale Alternative, sondern nur die verewigte Opposition gegenübersteht.

George Orwell hat in seinem "1984" das Bild der Macht skizziert, die sich verewigt, weil sie auch die Wünsche und Gedanken der Beherrschten zu lenken vermag. Die Techniken der psychologischen Kriegführung; Motivforschung und unterschwellige Beeinflussungsmethoden sind heute schon so entwickelt, dass der Zeitpunkt absehbar erscheint, der Orwells Zukunftsbild Gestalt gewinnen lassen könnte.

Es ist eine Illusion, zu hoffen, die Zugehörigkeit zur westlichen, freien Welt lasse eine solche Entwicklung in diesen Ländern keinesfalls zu. Objektive ausländische Beobachter lassen keinen Zweifel: die Steuerung der Meinungsbildung durch direkte und indirekte Regierungsmassnahmen ist in der Bundesrepublik wesentlich umfassender und planmässiger als in irgendeinem anderen demokratischen Staat.

Der Weg der Kräfte, die hinter der CDU/CSU stehen, führt Deutschland zu Orwells "1984", führt in die Verstaatlichung des Geistes.

Es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen über die Strecke, die wir in diesen zehn Jahren zu Unfreiheit und staatlich gelenkter Meinung geführt worden sind. Klarheit darüber ist Voraussetzung für erfolgreichen Widerstand und Umkehr.

Solche Bilanz zu ziehen kann nicht Sache eines Mannes sein. Dazu sind die Probleme zu komplex, die Tarnung zu umfassend, der Arm der Macht zu weit.

Noch sind genug Geistige in diesem Land und genügend politische Kräfte, die sich der Verteidigung der Geistesfreiheit verschrieben haben, um diese Aufgabe zu erfüllen.

+ + +

#### Pascual Jordan übertroffen

Der Leiter des Medizinischen Forschungsinstituts der amerikanischen Kriegsmarine, Bond, verlangte, dass sofort ganze Städte unter Wasser auf dem Meeresgrunde, aber auch in den Tiefen grosser Binnenmeere und Seen gebaut würden. Dort sei der sicherste Zufluchtsraum der Menschen in einem Atomkrieg. Das Leben könne sich in etwa 50 Meter Tiefe in einer riesigen künstlichen Luftblase abspielen...

Pascual Jordan wollte nur für fünf Jahre unter die Erde - der amerikanische Forscher hat ihn nun mit seinem Projekt übertrumpft.

+ + +

Chruschtschow hat es nicht mehr eilig

New York, Mitte August

Auf der Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die formell den Beschluss fasste, die Generalversammlung wegen der Lage im Mittleren Osten zu einer ausserordentlichen Sondersession einzuberufen, erklärte der Sowjetsprochok Sobolew aufs neue, dass die Anwesenheit amerikanischer und britischer Truppen im Libanon und in Jordanien den Weltfrieden gefährde, eine "Aggression" gegen die arabische Welt darstelle und dass deshalb die Generalversammlung der UNO zu eiliger Sondersitzung zusammentreten müsse, um den Abzug der imperialistischen Truppen zu erzwingen und damit, und damit allein, den Frieden zu retten. Diese russische Theorie klang diesmal noch weniger überzeugend als vor vier Wochen, als Sobolews Herr und Gebieter Chruschtschow aus dem gleichen Grunde, um den gefährdeten Frieden zu erhalten, den sofortigen Zusammentritt einer Gipfelkonferenz gefordert hatte, in Form eines Direktoriums der Grossmächte.

Es ist bekannt, dass Chruschtschow sich dann herbeiliess, einer solchen Gipfelkonferenz im Rahmen des Sicherheitsrates zuzustimmen, und dass er dann nach Peking pilgerte, wo Mao-Tse-Tung sein Veto gegen Chruschtschows Zustimmung einlegte. Als schwächlichen und gleichsam drittklassigen Ersatz regte er nur die Sondersession der Generalversammlung an, ohne persönliche Teilnahme der Regierungschefs, sogar gressenteils ohne persönliche Teilnahme der Aussenminister.

Niemand weiss besser als die russische Regierung, dass die Empfehlungen der Generalversammlung - sie kann ja, im Gegensatz zum Sicherheitsrat, nichts befehlen oder beschliessen, sondern juristisch nur "Empfehlungen" annehmen - keinerlei bindende Kraft haben; die letzte Sondersession der Generalversammlung war einberufen worden, um zu der russischen Intervention in Ungarn Stellung zu nehmen, und ihre mit grosser Mehrheit angenommene Empfehlung auf Abberufung der russischen Truppen aus Ungarn und Verurteilung ihrer Intervention wurde bekanntlich von Moskau kühl in den Wind geschlagen. Zwar weiss auch Chruschtschow, dass westliche Regierungen weniger zynisch sind als kommunistische und Empfehlungen der Generalversammlung sehr wohl befolgen, wie es gesitteten Mitgliedern der internationalen Staatengemeinschaft zukommt; aber eine solche Empfehlung kommt nur zustande, wenn sie eine Zweidrittelmehrheit der 81 Mitgliedstaaten erhält, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass ein Antrag, der die angelsächsischen Mächte wegen ihrer Intervention verurteilt, eine Mehrheit in der Versammlung, geschweige denn eine Zweidrittelmehrheit, auf sich vereinigen

kann. Man darf ja nicht vergessen, dass es, trotz der Popularität aller anti-kolonialen Parolen, auch unter den afrikanisch-asiatischen Staaten und erst recht unter den sonst durchaus anti-kolonialen Lateinamerikanern sehr viele gibt, die in einem solchen Falle für die Westmächte stimmen oder sich wenigstens der Stimme enthalten würden, wie z.B. die Türkei, Iran, die Philippinen, Japan, Pakistan, Äthiopien usw.

Umgekehrt aber ist es auch durchaus nicht sicher, dass ein westlicher Antrag, der die Sowjetunion und Ägypten etwa der "indirekten Aggression" in Libanon, Jordanien und Irak beschuldigen würde, die notwendige Zweidrittelmehrheit erlangen kann; die Aritmetik der Generalversammlung sieht nun einmal so aus, dass der Sowjetblock plus dem Block der "farbigen" Bandung-Staaten zusammen genügend stark ist, um das Zustandekommen einer ihm nicht genehmen Zweidrittelmehrheit zu verhindern - wenigstens, wenn alle Mitglieder dieser beiden Blöcke geschlossen mit Nein stimmen. Soweit also Klage und Gegenklage auf Aggression und indirekte Aggression gehen, kann die Generalversammlung sehr gut ergebnislos verlaufen, wie das berühmte Hornberger Schiessen; in der üblichen weitreichenden und uferlosen Debatte, wie sie nun einmal vor diesem schwerfälligen Forum unvermeidlich ist, können alle Argumente für und gegen vorgebracht werden, die Öffentlichkeit kann sich ihr Bild machen, und das künftige Urteil der Weltgeschichte kann wenigstens aktenmässig vorbereitet werden. Aber über dieses moralische Gewicht der besseren Argumente hinaus wird man wenig zur kurzfristigen Lösung der mittelöstlichen Krise zu erwarten haben.

Umso grösser sind, erfreulicherweise, die Hoffnungen auf Ausarbeitung der Grundzüge einer langfristigeren positiven Mittelostpolitik. Vieles schwebt in der Luft, und einiges davon wird sich realisieren lassen: vielleicht die Einsetzung einer internationalen UNO-Polizei in Libanon, vielleicht eine internationale Garantie der mittelöstlichen Ländergrenzen (allerdings mit Moskau als einem der Garanten!), vielleicht grosszügige wirtschaftliche Aufbauhilfe oder gar eine Endlösung der alten Frage der palästinensischen Flüchtlinge und ein arabischer "modus vivendi" mit Israel oder die Einsetzung einer ständigen überwachenden "Mittel-Ost-Kommission" der UNO. Wenn sich, was gar nicht unwahrscheinlich ist, auch nur die eine oder andere dieser konstruktiven Ideen verwirklichen lässt - dann hat diese Sonderession der Generalversammlung alles getan, was man vernünftigerweise und bestenfalls von ihr erwarten durfte.

Entschlossene Reaktion, aber keine Dramatisierung

H.Z., Berlin

Der neue Fall Steinstückchen hat die Situation in Berlin wieder einmal über Nacht in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Es kann nicht der geringste Zweifel bestehen, dass die sowjetzonale "Volkspolizei" mit ihrem Vordringen in dieses Gebiet, das - wenn es auch durch einen einige hundert Meter breiten sowjetzonalen Geländestreifen von Westberlin getrennt ist - zu Berlin, und zwar zum amerikanischen Sektor gehört, einen beispiellosen Willkürakt und einen sehr schwerwiegenden Verstoß gegen die Viermächte-Bestimmungen über Berlin begangen hat. So verständlich auch die Empörung der Bevölkerung Westberlins ist, die die 200 Einwohner von Steinstückchen aufgrund des neuen Vorfalls den Zugriffen der "Volkspolizei" ausgeliefert sieht, so wäre es doch falsch, von westlicher Seite aus den Fall Steinstückchen zu dramatisieren, indem man in ihm das Teilstück eines umfassenderen allgemeinen Angriffsplanes gegen Westberlin erblicken wollte. Eine solche Dramatisierung aber kommt in einer Erklärung zum Ausdruck, die ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn abgab, als er behauptete, bei der Aktion gegen Steinstückchen handele es sich um ein von langer Hand vorbereitetes Unternehmen.

Mit solchen Erklärungen, für die das Auswärtige Amt - sollten sie überhaupt ernst genommen werden - Beweise vorlegen müsste, wird die Regelung der durch den neuen Fall Steinstückchen beleuchteten Berliner Probleme keineswegs erleichtert. Wenn auch die verspätet am Wochenende vom sowjetzonalen Innenministerium veröffentlichte Stellungnahme eine groteske Verdrehung der Tatsachen darstellt, so ist wohl das von östlicher Seite angegebene Motiv der Vopo-Aktion, nämlich einen Flüchtling wieder einzufangen, durchaus glaubhaft. Auch in den ersten westlichen Berichten über den Zwischenfall war bereits von der Jagd nach diesem Flüchtling die Rede. Wie ein östlicher Sprecher in Bonn unter diesen Umständen von einer von "langer Hand geplanten Aktion" sprechen kann, bleibt unerklärlich.

Diese Sachlage kann jedoch niemals als Entschuldigungsgrund für Parkow dienen. Auch ohne "Vorbereitung und Planung" zeigt das Vorgehen der Vopo alle Zeichen einer Provokation, auf die von westlicher Seite mit Entschlossenheit reagiert werden muss. Wenn auch der US-Stadtkommandant beim sowjetischen Kommandanten von Berlin einen scharfen Protest

12. August 1958

verbunden mit der Forderung eingelangt hat, die Sowjets müssten künftig derartige Übergriffe der "Volkspolizei" verhindern, so zeigt das Verhalten der zuständigen amerikanischen Dienststellen immerhin einige Anzeichen der Unentschlossenheit. Es wird mit vollem Recht die Frage in der Berliner Bevölkerung erhoben, warum die US-Militärmission in Potsdam, die ihren Sitz nur wenige Autominuten von Steinstückchen entfernt hat, nicht einige ihrer Offiziere dorthin entsandt hat, um sich über den Zwischenfall in allen Einzelheiten zu vergewissern. Dies wäre durchaus möglich gewesen, da die amerikanischen Dienststellen in Berlin schon kurze Zeit nach dem ersten Vorstoß der Vopos auf das Gebiet von Steinstückchen benachrichtigt worden waren.

Der US-Prottest ist von den Sowjets bisher noch nicht beantwortet worden. Sollte er auf der Linie der Pankower Stellungnahme liegen, dann müsste man zu der Ansicht gelangen, dass die Sowjets bei einer grundsätzlichen Anerkennung der Viermächte-Abmachungen doch nicht gewillt sind, gegen deren Verletzung durch die Pankower Seite vorzugehen. Die Pankower Stellungnahme behauptet nämlich, bis auf einen einzigen Vopo hätte sich kein einziger Angehöriger des mehrere hundert Mann starken Vopo-Kontingents, das auf den Flüchtling angesetzt war, auf dem Boden von Steinstückchen befunden. Der Flüchtling sei von den Vopos an der durch Steinstückchen führenden Bahnstrecke, also auf dem "Boden der DDR" ergriffen worden, als er die Schienen zu überschreiten versuchte. Abgesehen davon, dass diese Darstellung nicht der Wahrheit entspricht, da der Flüchtling nach zahlreichen Zeugenaussagen aus seinem Versteck in Steinstückchen herausgeholt wurde, muss die Behauptung, die Bahnstrecke stelle sowjetzoniales Territorium dar, entschieden zurückgewiesen werden.

Die Behauptung Pankows, die Vopos hätten sich auf der Eisenbahnstrecke, die mitten durch Steinstückchen führt, auf dem "Territorium der DDR" befunden, so dass keine Besetzung Westberliner Gebiets vorgelegen habe, widerspricht jedoch den Viermächteabkommen. Es handelt sich um eine Ausrede, die dem sowjetzonalen Innenministerium als eine Bemäntelung des Falls Steinstückchen dienen soll. Es ist abzuwarten, welche Position die Sowjets in ihrer Antwortnote an die Amerikaner beziehen werden. Hier liegt der Punkt, wo mit aller Entschlossenheit das Recht Westberlins vertreten werden muss.

+ + +

Groesmannssucht

sp - Den Vereinigten Staaten ist eine maritime Grosstat gelungen. Dem von Atomkraft getriebenen U-Boot "Nautilus" gelang eine Tauchfahrt durch das Nordpolgebiet, eine faszinierende Leistung, zu der man die Amerikaner nur beglückwünschen kann. Der Start des ersten russischen Sputnik hatte bei dieser grossen Nation ein Gefühl der Unsicherheit erzeugt, das sich auch im Bereich der Politik auswirkte. Dazu kam noch der russische Vorsprung im Bau von interkontinentalen Raketen.

Unter solchen ungünstigen Bedingungen mit der Sowjetunion verhandeln? Das schockierte die politische Führung der USA, sie befürchtete, als momentan technisch unterlegene Macht auf dem Gebiete einzelner Waffengattungen den kürzeren ziehen zu müssen. Fieberhafte Anstrengungen in Arnee, Marine und Raketenbau setzten ein, um den Vorsprung der Russen einzuholen, wenn nicht gar zu überholen. Als erste Nation der Welt bauten die Amerikaner das mit Atomkraft angetriebene U-Boot "Nautilus"; es brachte mit seiner Fahrt unter den Eismassen des Nordpols den Beweis, dass es für Boote solcher Art praktisch kein Hindernis mehr gibt, aber noch mehr: dass max. geschützt durch diese Eismassen und unentdeckt von Radargeräten die ganze nord-sibirische Küste unter Atomraketenbeschuss nehmen kann. Die Militärsprechen von einer strategischen Revolution, sie berauschen sich an diesem Erfolg, sie glauben nun die Sowjetunion in der Klemme zu haben.

Wie lange wird dieser Vorsprung der amerikanischen Kriegsmarine bestehen bleiben? Alle Erfahrungen sprechen dagegen, dass man auf militärischem Gebiete Monopole errichten kann - das technische Wissen und auch die Fähigkeit, es anzuwenden, lässt sich gar nicht monopolisieren. Die Sowjetunion als die zweite Industriemacht der Welt hat gerade in den letzten Jahren verblüffende Beweise einer hochentwickelten Technik geliefert und nicht viel Zeit dürfte verstreichen, bis auch sie in der Lage sein wird, mit einem Gegenstück von "Nautilus" aufzuwarten, das, geschützt durch die gleichen Eismassen des Nordpols, nun den nordamerikanischen Kontinent sozusagen in Griffweite bekommt ...

Die "Nautilus" richtet nicht nur das schwer angeschlagene amerikanische Selbstbewusstsein wieder auf, sie beeinflusst auch die Bonner Marinepläne. Schon erhörte aus dem Bonner Verteidigungsministerium der Ruf, was die Amerikaner mit der "Nautilus" besitzen, müssen wir nur auch haben, es geht nicht an, "die atomare Prädorie" zu weit zu treiben. Das Verteidigungsministerium hofft, durch die Zusammenarbeit innerhalb der NATO, vor allem aber mit Amerika, die erforderlichen Informationen zu erhalten, damit die Bundesmarine nach den modernsten Gesichtspunkten aufgebaut werden kann. Unter "modernsten Gesichtspunkten" versteht sich das Drängen nach Atomwaffen für alle Waffengattungen und in allen Grössen. Auch für U-Boote. Politisch hat die Bundesregierung nicht viel zu sagen - sie selbst betont oft ihre bescheidene Rolle in der Weltpolitik - auf militärischem Gebiet jedoch ist sie von Grossmannssucht befallen und will es den Mächtigen dieser Erde gleichtun. Diese Neuaufgabe einer Politik der Stärke, die offiziell zwar abgeschworen wurde, trägt wahrhaft nicht zur Entspannung bei, sie übersieht bewusst die gefährdete Lage unseres gespaltenen Volkes, das wie kein anderes Volk an ehesten der vernichtenden Wucht von atomaren Schlägen und Gengenschlägen ausgesetzt ist. Diese Politik des militärischen Grössenwahnns steht uns schlecht an, zweimal in der Vergangenheit brachte sie uns an den Rand des Abgrunds.

+ + +